

Initiative Kontrolle Information mit Biss

Informationsblatt der KPÖ für Wartberg

P.b.b. An einen Haushalt
Erscheinungsort: Mürzzuschlag, Verlagspostamt 8680



Nr. 01. Dezember 2009

Liebe WartbergerInnen!

Vorerst freut es mich, dass Sie unser Informationsblatt nicht mit der üblichen Werbeflut in den Papiercontainer werfen, sondern neugierig geworden sind und es lesen.



Rudolf Muri

Wir sind nicht überparteilich, nehmen Stellung zu gewissen Vorgängen in unserer Gemeinde, haben Ideen und wollen mit Hilfe dieser Zeitung Gutes erhalten, Schlechtes verbessern.

Wir werden für jene Leute ein Sprachrohr sein, die bisher keines gehabt haben. Pensionisten, Kinder und Jugendliche, Arbeiter und Arbeitslose.

Die Interessen von arbeitenden Frauen aber auch die Probleme von Hausfrauen und AlleinerzieherInnen sollen zur Sprache kommen.

Wir werden aber auch Berichte aus dem Gemeinderat bringen und die Öffentlichkeit darüber informieren was sich dort abspielt. So, nach dem Motto: "Wir schreiben was andere verschweigen!"

Wir werden Sie aber auch mit Informationen aus dem Bezirk, dem Land und natürlich auch Interessantes und Wichtiges aus der Bundespolitik versorgen. Natürlich immer von unserem Standpunkt aus betrachtet. Dabei werden Sie feststellen, dass Ihre Interessen sich kaum von unseren unterscheiden, es sei denn Sie heißen Androsch, Meinl, Bartenstein oder auch Strache.

Wir wollen ein lebendiges Blatt haben. Ein wichtiges Anliegen ist uns dabei, Ihre Mitarbeit. Senden Sie uns oder sagen Sie uns Ihre Meinung, Ihre Gedanken und Ihre Ideen. Wir würden uns sehr darüber freuen.

Abschließend darf ich Ihnen noch stressfreie Feiertage und Gesundheit wünschen

Rudolf Muri
KPÖ Wartberg



*Frohe, besinnliche
Weihnachten und ein
glückliches und gesundes
neues Jahr wünscht allen
Wartbergerinnen und
Wartbergern*

Kinderland Wartberg
KPÖ Wartberg

STEIERMARK-TARIF:

Landtag für billigeren Strom

Mehrheit im Landtag für günstigen „Steiermark-Stromtarif“ der KPÖ. Statt 7,2 Cent pro Kilowattstunde soll der Strompreis 5 Cent pro kWh ausmachen.

Der Strompreis ist viel zu hoch. Schon im Sommer präsentierte KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg den „Steiermark-Tarif“ der KPÖ. Statt wie derzeit 7,2 Cent pro Kilowattstunde (kWh) soll der Strom der EStAG damit nur noch 5 Cent pro kWh kosten. Der KPÖ-Antrag wurde zuletzt mit Hilfe von ÖVP und Grünen angenommen.



Nun muss Landeshauptmann Franz Voves handeln. „Diese Preissenkung wird die Energie Steiermark nicht in wirtschaftliche Schwierigkeiten bringen, weil die HaushaltskundInnen nur zu einem kleinen Teil zum Gewinn des Konzerns beitragen“, weiß der KPÖ-Abgeordnete. Außerdem stehen die Tarife der EStAG im Widerspruch zur Entwicklung des Strommarktes. „Es ist erfreulich, dass nun noch ein Anlauf gestartet wurde, um den Strom für die Haushalte billiger zu machen. Das ist auch die letzte Chance für LH Voves,

eine Strompreissenkung auszuhandeln.

Wenn er die Chance verstreichen lässt, werden wir mit einer Gesetzesinitiative in den Landtag gehen“, sagt Werner Murgg.

Sprechtag des Mieterschutzverbandes in Mürzzuschlag!

*...ist die Interessenvertretung der Wohnungssuchenden, Mieter, Pächter und Wohnungseigentümer Österreichs.
...will die Herbeiführung einer allgemeinen Besserung der Wohnverhältnisse für alle Bevölkerungsschichten
...will ein verfassungsmäßig garantiertes „Recht auf eine zeitgemäße Wohnung“ schaffen*

Unsere Leistungen:

Unsere Juristinnen und Juristen beraten Sie gerne bei allen Fragen des Wohn- und Mietrechts, insbesondere:
Expertenberatung zu Fragen des gesamten Mietrechts
Rat und Hilfe beim Abschluß von Mietverträgen
Überprüfung von Mietzinsvorschreibungen
Prüfung von Betriebskosten-, Heizkosten- und Erhaltungsbeitragsabrechnungen

Jeden Ersten Dienstag im Monat

Nur nach telefonischer Vereinbarung:

Tel. 0316 / 38 48 30. oder 0650 / 2710550



CLAUDIA KLIMT-WEITHALER

Soziale Verantwortung

Mit 96,5 % der Stimmen wurde Claudia Klimt-Weithaler beim KPÖ-Landesparteitag zur Spitzenkandidatin für die Landtagswahl 2010 gewählt. Sie steht für soziale Verantwortung und konkrete Hilfe für Menschen in Notlagen.

Wir haben jenen Menschen eine Stimme gegeben, die sonst nicht gehört werden. Und wir haben Themen eingebracht, die ohne uns kaum Gehör gefunden hätten.“ – Claudia Klimt-Weithaler ist die Spitzenkandidatin der KPÖ für die Landtagswahl im Oktober 2010.

Claudia Klimt-Weithaler untermauert den Einsatz der KPÖ für soziale Gerechtigkeit mit Erfolgen, die die Partei in vier Jahren im Landtag verbuchen konnte. So wurde die Rückzahlungspflicht bei der Sozialhilfe auf



KPÖ-Antrag abgeschafft. Bei der Wohnbeihilfe wurden die Wartezeiten verkürzt, der Gratiskindergarten nach langem Drängen der KPÖ eingeführt, die Chirurgen in Bad Aussee und Mürzzuschlag bleiben bestehen.

Die KPÖ-Spitzenkandidatin sieht einen klaren Auftrag für die Zukunft: „Wir setzen uns für die Bedürfnisse der Bevölkerung ein.“ Bei Sozialsprechstunden hilft die KPÖ praktisch weiter. Mit dem KPÖ-Sozialfonds – der Großteil der Gehälter der KPÖ-PolitikerInnen geht an Menschen in Not – leistet die KPÖ konkrete Hilfe. „Wir sind die Alternative zu herrschenden Parteien und zu den Rechten. Die KPÖ beugt sich nicht den Interessen der Mächtigen und verweigert faule Kompromisse“, so Klimt-Weithaler.

In eigener Sache:

Im nächsten März finden die Gemeinderatswahlen statt. Wir suchen Personen die sich mit den momentanen Zuständen nicht abfinden wollen und sich für positive Veränderungen einsetzen. Kontakt: rudolf.muri@aon.at oder tel: 0680 3079315

Impressum: mit Biss Informationsblatt für Wartberg, Wienerstraße 148, 8680 Mürzzuschlag. E-Mail: kpoe@muerznet.at • Tel. 03852 / 2453

Wahlkampfloskeln beherrschen Budgetsitzung

Bericht von der Wartberger GR-Sitzung vom 14.12.2009

Zwiespältig sieht das Ergebnis der jüngsten Wartberger Gemeinderatssitzung aus. Über den bedeutendsten Tagesordnungspunkt, nämlich den Budgetvoranschlag für 2010 wurde lang und breit diskutiert, es gab viel zutreffende Kritik, dennoch stimmte keine Fraktion dagegen. Während die ÖVP-Mandatarin zum gesamten Budget schwieg, warf die FPÖ-Fraktion hauptsächlich mit Wahlkampfloskeln um sich. Der Bürgermeister reagierte darauf mit etwas plumpen Aussagen wie „Man darf das Budget nicht schlechtreden, immerhin ist der Verschuldungsgrad niedrig. Wir brauchen uns für die Zukunft keine Sorgen machen.“

Bevölkerungsschwund

Eine derart froh klingende Botschaft ist jedoch für die KPÖ kaum glaubwürdig, leidet Wartberg doch laufend an Bevölkerungsschwund, was zusätzlich zu den Krisenbedingten Steuerausfällen hohe Verluste bei den Ertragsanteilen bedeutet. Außerdem darf man nicht vergessen, dass durch den Konkurs der Firma Salax ein weiterer Verlust von Kommunalsteuern bevorsteht.

Altersheim für die Jugend!

Ansonsten war die Sitzung geprägt von Wahlkampfrhetorik durch FPÖ-Grafeneder, welche laufend forderte, für die Jugend Wohnungen zu schaffen, sein einziger konkreter Vorschlag blieb aber die Errichtung eines Altenheimes.

Keine Vorschläge

Bemerkenswert insgesamt ist die Tatsache, dass bei der Gemeinderatssitzung selbst kurz vor der nächsten Wahl von der Opposition kaum Initiativen oder Vorschläge, geschweige denn Projekte eingebracht wurden. Offensichtlich mangelt es den Gemeinderatsfraktionen an Willen oder Kreativität. Die KPÖ jedenfalls wird sich in der Gemeinde und im Land unter anderem für die Schaffung einer Landesholding einsetzen, wel-



che Betriebe unter der Kontrolle der öffentlichen Hand führt und somit Betriebsschließungen und Arbeitsplatzabbau verhindern könnte.

LKH Mürzzuschlag: Zusperrpläne gescheitert

Mit dem Kaputtsparen der medizinischen Versorgung in der Steiermark hat sich die KPÖ nicht abgefunden. Nach langer Debatte im Landtag konnten die Chirurgen in Mürzzuschlag und Bad Aussee gerettet werden.

Tief durchatmen können die Menschen in der Region um Mürzzuschlag. Aber auch für das steirische Salzkammergut gibt es gute Nachrichten. Entgegen ersten Plänen wird das LKH Bad Aussee nun eine chirurgische Abteilung erhalten, jene in Mürzzuschlag wieder in vollem Umfang in Betrieb genommen. Die Menschen müssen keine „Weltreisen“ antreten für eine gute medizinische Versorgung. Dafür hat die KPÖ gemeinsam mit dem überparteilichen "forum pro LKH Mürzzuschlag" vehement gekämpft.

In Mürzzuschlag soll ab Sommer 2010 die Akutge-



riatrie und Remobilisierungsstation errichtet werden. Die Chirurgie soll in sechs Monaten wieder voll funktionsfähig sein. In Bad Aussee wird im nächsten Jahr ein neues Spital mit 58 Betten samt chirurgischer Abteilung und Computertomographie in Angriff genommen.

Rat & Hilfe

Bei unserer kostenlosen Mieter- und Sozialberatung finden Sie Rat und Hilfe...

- ...bei allen mietrechtlichen Fragen
- ...bei Fragen der Betriebskostenabrechnung
- ...wenn Sie Schwierigkeiten haben, Ihre Miete zu bezahlen
- ...bei drohender Delogierung
- ...wenn Sie mit ihrem Vermieter oder der Genossenschaft Probleme haben
- ...und in Fragen des Arbeitsrechtes, im Pensions- und im Sozialbereich

Jetzt auch in Wartberg

Rufen Sie an!

Wir werden versuchen, gemeinsam eine Lösung zu finden!

Tel: 0680 3079315 E-mail: kpoemz@aon.at
Sprechstunde nach telefonischer Vereinbarung

Helfen statt reden-

ein Service der KPÖ
www.muerzzuschlag.kpoe.at

Wartberger Schandfleck oder wie viel ist uns die Jugend wert?



Bahnkörper und uninteressant, weil sie zu abseits gelegen ist. Außerdem versprüht diese Anlage auf diesem Platz eher den Charme einer Baustelle als den eines Jugend-

Das entgültige Aus der Skateranlage scheint besiegelt zu sein. Nachdem diese vom ersten Standort bei der Sportanlage, auf Grund von Anrainerbeschwerden, weg musste wurde sie am Vogel & Noot Parkplatz behelfsmäßig wiedererrichtet. Auf einem denkbar ungünstigen Ort. Gefährlich, weil ungesichert direkt neben dem

Spielplatzes. Dass die teure Anlage dorthin abgeschoben wurde, zeigt den Stellenwert den die Jugendlichen leider in Wartberg genießen. Hier ist die Politik ebenso gefordert wie die Toleranz einiger älteren MitbürgerInnen, denen Kinder- oder Jugendliche ein Dorn im Auge sind.

Nächster Akt im Hochhaus-Skandal

Einen unerwarteten Etappensieg konnten die 4 Wohnungseigentümer des Wohnhauses in der Volksheimstraße erreichen. Wir zitieren die **Kleine Zeitung** vom 16. November 2009: *Der Oberste Gerichtshof hat den Wohnungseigentümern nun Recht gegeben: Die Gewährleistungsfrist ist nicht abgelaufen. Und er stellt fest, dass eine "gravierende Schlechterfüllung" der "Herstellungspflicht" vorliegt. Die Ennstal habe als Bauträgerin die Pflicht, die korrekte Abwicklung des Baus sicherzustellen.*

Nun haben die vier Familien das OGH-Urteil in der Hand, aber noch keine Entschädigung. Ihr Fall geht an das Erstgericht Leoben zurück, dort setzt ein Richter die Schadensersatzhöhe fest. "Wir sind sehr froh über das Urteil", sagt ein Betroffener. Der Rechtsanwalt der Ennstal dazu: Geklärt sei die Ver-

jährungsfrist. "Nicht geklärt ist aber die Schadenshöhe." Und außer Acht gelassen im Urteil sei die Haftung der Ennstal für den Schaden, den die Baufirma angerichtet hat. Das sei noch offen und jetzt wieder



Wartberger Stammtisch



„Host schon g'hert, die Krippenfiguren san a weg?“

„Na, des is owa schon a großes Problem. Wos kaum ma do jetzt tun?“

„Na jo, i hob a do guate Idee.“

"Geh, dazöll!"

"Schau, das jede Partei wos dazu beiträgt, war i dafia, dass da Puttsche Wolfal den Josef dorstellt, die Rothwangl Uschi die Maria und da Muri Rudl is as Christkind!"

„Jo, und die Freiheitlichen san die Drei Könige aus dem Morgenland.“

„Na, des kaunnst net tun, Freiheitliche as Araber do passat jo vül besser da Grafeneder Karlo war da Esel, und seine Kameraden die Kuh, die Goas und die Schof!"

"Na, des is a Supa Idee!"

Sache des Gerichtes in Leoben. (Zitat Ende)

Dass Urteil unterstreicht einerseits, dass die Ennstaler Baugenossenschaft zur Verantwortung gezogen werden muss, aber andererseits drängt sich die Frage auf, was mit jenen Leuten passiert welche mit dem lächerlich geringen Betrag von 15.000 Euro abgefunden wurden und aus verschiedenen Gründen nicht den Weg zum Gericht gegangen sind? Tatsächlich wäre es ungerecht, wenn die Ennstaler den größten Teil der Wohnungseigentümer mit einem Butterbrot und die anderen gerecht abfertigen müsste. Stellt sich am Rande noch die Frage, ob unser Bürgermeister von der moralischen zu einer politischen Unterstützung übergeht und den Betroffenen helfen kann?